

# POSITIONEN

EINE WELT IN NIEDERSACHSEN



## SUPER-ENTWICKLUNGSJAHR 2015

- 2 Liebe Leserinnen, liebe Leser ...
- 3 Eine neue globale Agenda für nachhaltige Entwicklung und die Schaffung der SDGs
- 4 Dr. Angelika Zahrnt: Globale Entwicklungsziele und gesellschaftlicher Wandel
- 5 Vor Ort für globale Gerechtigkeit. Ausstellung zur Entwicklungspolitik in Niedersachsen
- 6 Dialog-Veranstaltung: Unsere Welt. Unsere Würde. Unsere Zukunft.
- 6 Parlamentarisches Gespräch zu den neuen Entwicklungszielen (SDGs)
- 7 Eine-Welt-Promotor\_innen in Niedersachsen übersetzen globale Ziele in lokales Handeln
- 8 Das Entwicklungsbarometer: Wie entwicklungsfreundlich ist Deutschland?
- 8 Weltsozialforum in Tunis

## Liebe Leserinnen, liebe Leser ...

Der **Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen** ist das Landesnetzwerk für Eine-Welt-Initiativen und Weltläden. Der VEN gibt mittels Informations- und Beratungsarbeit, Kampagnen und Bildungsmaßnahmen Impulse für ein weltoffenes Niedersachsen und für die Verbesserung der Lebensbedingungen in den ärmeren Teilen der Welt. Wir setzen uns ein für Ernährungssicherheit, die Verminderung des Klimawandels und die Durchsetzung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte. Wir engagieren uns für Arbeitnehmer\_innenrechte, fairen Handel und nachhaltige Konsummuster. Mitmachen - jede Stimme macht uns stärker! [www.ven-nds.de](http://www.ven-nds.de)



**VERBAND  
ENTWICKLUNGSPOLITIK  
NIEDERSACHSEN e.V.**

**HERAUSGEBER** Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V. **REDAKTION** Christian Cray **VERANTWORTLICH** VEN-Geschäftsstelle, Hausmannstr. 9 - 10, 30159 Hannover, Tel. 0511-39088981, [cray@ven-nds.de](mailto:cray@ven-nds.de), **BILDER** Montecruz Foto (Titel), UN, VEN **AUFLAGE** 500, klimaneutral gedruckt auf Recyclingpapier

**GEFÖRDERT** durch das Land Niedersachsen

# POSITIONEN



Sie halten eine Premiere in der Hand: Der ehemalige VEN-Rundbrief hat mit dieser Erstaussgabe nicht nur ein neues Gesicht bekommen, sondern auch ein verändertes Konzept und einen neuen Namen: *VEN-Positionen. Eine Welt in Niedersachsen*. Wir berichten in Abständen von 4-6 Monaten über einen aktuellen Themenschwerpunkt im Bereich „Eine Welt“, geben Hintergrundinformationen, lassen Akteure zu Wort kommen und stellen vor, was dazu in Niedersachsen läuft, beim VEN und darüber hinaus. Die *VEN-Positionen* senden wir Ihnen weiterhin per Post zu, wenn gewünscht auch per Email als pdf-Datei.

Zu dieser Ausgabe: Im „Super-Entwicklungsjahr 2015“ werden viele Weichen gestellt: Im Mittelpunkt steht das Ende der Laufzeit der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) und die Verabschiedung neuer „Nachhaltigkeit-Entwicklungsziele“ (SDGs). Auch die EU hat 2015 zum „Jahr für Entwicklung“ gekürt. Hier sind wir gefragt, die offizielle Agenda mit konkreten politischen Empfehlungen und Forderungen zu füllen! Erfahren Sie mehr in unserer Erstaussgabe der *VEN-Positionen*.

Übrigens: Unser digitaler Newsletter, die *VEN-Nachrichten*, den viele von Ihnen seit Februar kennen, bietet Ihnen einen monatlichen aktuellen Überblick über die Vielfalt an Aktivitäten und Veranstaltungen zu Eine Welt -Themen in Niedersachsen und bundesweit. Mit einer kurzen Mail an [info@ven-nds.de](mailto:info@ven-nds.de) können Sie sich dazu anmelden.

*Katrin Beckedorf     Dietrich Höper*

Katrin Beckedorf (VEN-Geschäftsführerin)  
Dietrich Höper (VEN-Vorstand)

## Eine neue globale Agenda für nachhaltige Entwicklung und die Schaffung der SDGs

Entscheidungsjahr, Schicksalsjahr, Gipfeljahr, EU-Jahr für Entwicklung – Die pathetischen Bezeichnungen umreißen schon jetzt die Erwartungen für das Jahr 2015. In diesem Jahr soll ein neuer Start für die internationale Entwicklungs- und Umweltpolitik angestoßen werden. Eine neue Nachhaltigkeits- und Entwicklungsagenda soll geschaffen werden, welche die zentralen Herausforderungen der Welt wie Hunger und Armut, Umweltverschmutzung und Ressourcenverschwendung, Ungleichheit, Menschenrechtsverletzungen und Konflikte in einem umfassenden Zielkatalog vereint. Anders als bei den Millenniums-Entwicklungszielen (MDGs), die seit dem Jahr 2000 den entwicklungspolitischen Rahmen weltweit dominieren und die aufgrund ihrer Nicht-Erreichung und Fokussierung auf einzelne Bereiche in der Kritik stehen, soll diese Agenda mit ihren „Sustainable Development Goals“ (SDGs) Entwicklung im Kontext von Nachhaltigkeit für alle Länder in Nord und Süd begreifen und durch eine klare Umsetzungsvorstellung begleitet sein.



Ein Vorschlag dafür liegt auf dem Tisch: In langen Sitzungen hat eine große Gruppe von Staaten in den letzten zwei Jahren einen Katalog mit 17 Zielen und 169 Unterzielen erarbeitet. Bei der Schaffung dieser Ziele war die Zivilgesellschaft weltweit intensiv beteiligt: Nationale und internationale Konsultationen und eine Online-Befragung sorgten für eine möglichst große Expertise in die Vorlage der SDGs. Zwar lässt sich an dem im Juni 2014 veröffentlichten Ergebnis einiges kritisieren – so ist beispielsweise der Menschenrechtsbezug zu schwach und die Umweltziele erscheinen gering und zu technisch – gibt es dennoch eine mehrheitliche Unterstützung unter NGOs: Nicht perfekt, aber damit können wir arbeiten.

Noch wird dieser Zielvorschlag nicht von allen Staaten akzeptiert, weswegen bis zum Juli 2015 zwischenstaatliche Verhandlungen laufen, die sowohl die Ziele, wie auch Umsetzungsmethoden, Kontrollmöglichkeiten, Messinstrumente und die Finanzierung diskutieren. Das ist ein brisantes Geschäft, denn die neuen SDGs sollen für alle Staaten gelten, keiner soll sich ihrer Umsetzung entziehen

können. Staaten und, wenn es nach der Zivilgesellschaft geht, auch andere Akteure sollen sich gegenseitig bei der Zielerreichung überprüfen. Ein großes Vorhaben, bedenkt man, dass sich Staaten in ihrer Möglichkeit und Bereitschaft bei der Bekämpfung von Armut, Umweltverschmutzung oder zur Friedenssicherung sehr stark unterscheiden. Einige Staaten sind gegen die komplette Übernahme des bisherigen Zielvorschlages. Womöglich haben sie erkannt, dass eine Zukunftsagenda in diesem Umfang für alle ihre Politikbereiche relevant werden würde.

Denn mit den SDGs lassen sich unterschiedliche Politikbereiche verbinden, bzw. Beispiele für eine mangelnde Kohärenz finden: Agrarpolitik wird von transnationalen Konzernen dominiert: widerspricht den SDG-Zielen zu Hunger- und Armutsbekämpfung. Geringeres Lohnniveau für Frauen: widerspricht dem SDGs zu anständiger Arbeit für alle. Lebensmittelverschwendung und geplante Obsoleszenz: widerspricht dem SDG zu nachhaltigen Produktions- und Konsummustern. Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA: widersprechen dem Grundgedanken eines offenen, gerechten, multilateralen Handelssystems, auch das ist in den SDGs erwähnt.

Die SDGs werden kommen – in der einen oder anderen Form. Und alle Staaten, aber auch die Zivilgesellschaft, müssen klar definieren, was das für die internationale sowie die nationale Ebene bedeutet. Auch in Deutschland müssen wir uns mit der Umsetzung der SDGs beschäftigen. Die Bundesregierung tut dies, wenn auch noch extrem zögerlich, durch eine Andockung an die nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Das BMZ hat zudem mit der Zukunftscharta einen weiteren Prozess zur Diskussion der SDGs in Deutschland angestoßen. Die Beurteilung der Relevanz einer solchen Charta geht jedoch sehr weit auseinander.

Die EU hat das Jahr 2015 mit dem Motto „Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft“ zum EU-Jahr für Entwicklung auserkoren. Zum ersten Mal wird damit ein globales Thema zum EU-Jahr erklärt. Damit wird das primäre Ziel verfolgt, eine stärkere Öffentlichkeitswahrnehmung für Entwicklungspolitik zu generieren und die globale Entwicklungsagenda voran zu bringen.

Sicher ist, dass wir nach Verabschiedung des SDG-Zielkatalogs als Zivilgesellschaft noch einen langen Weg gehen müssen, um die Agenda und ihre vielen Zusammenhänge Realität werden zu lassen.

*Marie-Luise Abshagen ist Referentin für die Post-2015-Agenda, Forum Umwelt und Entwicklung, Berlin.*



## Dr. Angelika Zahrnt: Globale Entwicklungsziele und gesellschaftlicher Wandel

Zum Thema Globale Entwicklungsziele und gesellschaftlicher Wandel befragte der VEN die BUND-Ehrenvorsitzende und Initiatorin der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“, Dr. Angelika Zahrnt.

**Wie stellen Sie sich die Welt in 20 Jahren vor, was wird anders sein?** Wirtschaftliches Wachstum und Wettbewerb werden nicht mehr die bestimmenden Prinzipien sein, weil die Weltgemeinschaft gelernt hat, dass es vorrangig ist, die natürlichen Lebensgrundlagen auf dem Planeten zu erhalten und Frieden zu sichern. Die Verschärfung der ökologischen, sozialen, ökonomischen Krisen und der Druck der Zivilgesellschaft haben zu der Einsicht geführt, dass



eine neue Weltwirtschaftsordnung und Friedensordnung nötig ist. Die Politik hat die Gestaltungsfähigkeit zugunsten einer weltweit nachhaltigen und friedlichen Entwicklung innerhalb der planetarischen Grenzen gewonnen.

**Welches sind Aspekte des von Ihnen beschriebenen gesellschaftlichen Richtungswechsels, der auch als Postwachstumsgesellschaft und als Große Transformation bezeichnet wird?**

Der zentrale Punkt ist, dass die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung innerhalb der ökologischen Leitplanken stattfinden. Der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, z.B. die Einhaltung des Klimaschutzziels, dass die Klimaerwärmung 2 °C bis zum Ende des Jahrhunderts nicht überschreiten darf, und der Erhalt der biologischen Vielfalt, haben Priorität gegenüber wirtschaftlichen Zielen.

**Wie müssten globale Entwicklungsziele und eine zeitgemäße EU-Entwicklungspolitik ausgerichtet sein, die diesen Aspekten gerecht werden?**

In internationalen Vereinbarungen muss dafür eine Aufteilung der Aufgaben zwischen den Ländern festgelegt werden und konkrete Ausgleichsmaßnahmen und Hilfestellungen für die Länder im Globalen Süden. Das ist eine Aufgabe, die heute auch - z.B. in den internationalen Klimaverhandlungen - ansteht, wo aber die Barriere

für Ergebnisse immer wieder ist, dass am Kurs des Wirtschaftswachstums und am ressourcenintensiven Lebensstil festgehalten wird. Die EU sollte sich nicht mehr an dem Europa - 2020 - Ziel ausrichten, zum wettbewerbsstärksten Wirtschaftsraum zu werden, sondern an dem Ziel, bis 2050 den kompletten Umstieg auf erneuerbare Energien zu schaffen, eine Gesellschaft mit einem ressourcenleichten und naturverträglichen Lebensstil zu werden und zu einer sozial ausgeglichenen Gesellschaft mit geringen Unterschieden in Einkommen, Vermögen und Entwicklungschancen. Im Hinblick auf die Politik gegenüber dem Globalen Süden bedeutet dies, dass nicht die wirtschaftlichen Interessen der EU diese Beziehungen bestimmen, sondern das Ziel einer eigenständigen nachhaltigen Entwicklung in diesen Ländern.

**Welche Rolle spielen Initiativen und Organisationen der Zivilgesellschaft bei der Gestaltung dieses globalen Wandels?**

Initiativen und Organisationen der Zivilgesellschaft sind als treibende Kraft bei der Gestaltung dieses globalen Wandels von zentraler Bedeutung, da sie keine eigenen wirtschaftlichen Interessen haben und vor allem nicht mit denjenigen wirtschaftlichen Interessengruppen verbunden sind, die auf eine Fortsetzung und Ausweitung der Liberalisierung (siehe TTIP), der Globalisierung und des weltweiten Wachstumskurses setzen. Zivilgesellschaft hat hier (weiterhin) die Aufgabe der Kritik, des Aufdeckens und Publizierens von Missständen und der Organisation von Widerstand, wenn z.B. aus Profitinteresse soziale und ökologische Standards nicht eingehalten oder nicht verbessert werden. Zivilgesellschaft muss der Politik Druck machen, einen Ordnungsrahmen für nachhaltiges Handeln in Wirtschaft und Gesellschaft zu setzen, z.B. durch eine ökologische Steuerreform und eine Reform des internationalen Finanzmarktes und der internationalen Steuergesetzgebung. Zivilgesellschaft ist gleichzeitig gefordert, Alternativen zu entwickeln, auch im globalen Austausch.

**Was motiviert Sie persönlich, diesen Wandel mitgestalten zu wollen?** Die Notwendigkeit. Und der Wunsch nach einer besseren Welt und das positive Gefühl, mit anderen daran gemeinsam zu arbeiten.

.....  
*Dr. Angelika Zahrnt, BUND-Ehrenvorsitzende, ehem. Mitglied des Rates für nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung, Initiatorin der Nachhaltigkeitsstudie „Zukunftsfähiges Deutschland“*

## Vor Ort für globale Gerechtigkeit. Ausstellung zur Entwicklungspolitik in Niedersachsen

2015 ist das Europäische Jahr für Entwicklung. Unter dem Motto „Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft“ wird die geteilte Verantwortung und Solidarität in und für die Welt in den Mittelpunkt gestellt. Menschen weltweit sollen befähigt werden, selbstbestimmt, global gerecht und nachhaltig zu leben. Da in 2015, wie bereits erwähnt, auch die Millenniums-Entwicklungsziele auslaufen, werden zudem neue, weltweit gültige Entwicklungsziele unter dem Stichwort der Nachhaltigkeit erarbeitet. Angesichts fortwährender Armut und Menschenrechtsverletzungen, Klimawandel und Ressourcenübernutzung lautet die zentrale Frage: Wie ist ein gutes Leben für alle Menschen im Einklang mit der Natur möglich – und was bedeutet dann Entwicklung?

Der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V. (VEN) möchte im Europäischen Jahr für Entwicklung eine Diskussion über eine nachhaltige, global gerechte Entwicklung anstoßen. Mittels einer Ausstellung und einer Broschüre, aber auch durch Veranstaltungen wollen wir Zusammenhänge zwischen unserem Lebensstil und unseren Konsummustern und der Umsetzung der Menschenrechte, einer verantwortlichen Wirtschaftspolitik sowie der deutschen bzw. europäischen Politik aufzeigen. Zusammen mit vielen engagierten Menschen, zivilgesellschaftlichen Vereinen und Organisationen sowie staatlichen Stellen und Einrichtungen möchten wir dazu ermutigen, selbst für globale Gerechtigkeit aktiv zu werden und damit konkret vor Ort zu beginnen.

Denn: Entwicklungspolitik betrifft uns alle! Sie findet sich direkt in unserem Alltag wieder: wenn wir einkaufen, reisen oder einfach nur telefonieren.

Gleiches gilt auf politischer Ebene. Die Europäische Union (EU) und ihre 28 Mitgliedstaaten leisten zusammen rund 60 Prozent der Öffentlichen Entwicklungshilfe und sind damit weltweit der größte Geber. Und doch nutzt es wenig, z.B. Kleinbäuerinnen in Ghana zu unterstützen, wenn diese aufgrund der europäischen Landwirtschaftspolitik ihre Produkte nicht mehr verkaufen können. Die EU-Politik muss insgesamt an menschenrechtlichen und ökologisch tragfähigen Standards orientiert sein, und zwar in allen Bereichen von der Handelspolitik über den Landwirtschaftssektor bis zur Sozial- und Bildungspolitik. Gefragt ist eine kohärente Politik, sowohl auf europäischer Ebene, als auch in Niedersachsen.

Globale soziale und ökologische Gerechtigkeit muss durch alle Politikbereiche unterstützt werden. Zumindest aber muss jegliches politisches Handeln, das entwicklungspolitischen Zielen zuwiderläuft, verhindert werden.

Am 12. Juni 2015 wird die Ausstellung „Vor Ort für globale Gerechtigkeit“ im Rahmen einer Veranstaltung zum Europäischen Jahr für Entwicklung im Freizeithaus Lister Turm eröffnet (siehe nächste Seite). Im Verlauf des Jahres wird sie in Hannover, Göttingen, Oldenburg, Osnabrück und Wolfsburg gezeigt, ab 2016 steht sie zur Ausleihe zur Verfügung. Ausstellung und Broschüre ebenso wie die Veranstaltungen werden in Kooperation mit der Niedersächsischen Staatskanzlei, Ref. 304 und dem Europäischen Informations-Zentrum Niedersachsen erstellt und durchgeführt.

Marion Rolle, VEN



### Dialog-Veranstaltung: Unsere Welt. Unsere Würde. Unsere Zukunft.

Europäische Entwicklungspolitik: Von Hilfe zur Zusammenarbeit? Eine Dialog-Veranstaltung zwischen Bürger\_innen und Politik.

Freitag, 12.06.2015, 09.30 bis 14.30 Uhr  
Freizeitheim Lister Turm, Walderseestraße 100, 30177 Hannover

Internationale (Entwicklungs-)Zusammenarbeit rückt angesichts globaler Krisen in den Bereichen Umwelt, Finanzwirtschaft, globale Armut und Frieden zunehmend in die Öffentlichkeit. Wie schon dargestellt, werden in diesem Jahr mit der globalen Agenda für Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele hierzu die Weichen neu gestellt. Die EU ist weltweit der größte Geldgeber für Entwicklungszusammenarbeit. Zugleich untersteht sie dem „entwicklungspolitischen Kohärenzgebot“. Das heißt, ihr gesamtes außenpolitisches Handeln (und nicht nur die EZ) muss immer auch die Berücksichtigung



von Armutsreduzierung und Nachhaltigkeit im Blick behalten. Mit dem Europäischen Jahr der Entwicklung möchte die EU „Beteiligung, kritisches Denken und aktives Interesse von EU-Bürger\_innen an Entwicklungsfragen“ fördern. Der VEN, das Europäische Informations-Zentrum (EIZ) und die Niedersächsische Staatskanzlei, Referat 304, diskutieren gemeinsam mit Eine-Welt-Initiativen, Schulen und Politiker\_innen am 12. Juni: Wie sieht eine moderne Entwicklungspolitik aus? Was versteht die EU darunter? Was kann die Politik in Niedersachsen dazu beitragen? Und was kann jede/r einzelne von uns tun?

Kommen Sie mit uns hierzu ins Gespräch und lernen Sie Politiker\_innen, entwicklungspolitisch engagierte Vereine, Organisationen und Schulen auf dem Markt der Möglichkeiten kennen!

Die Teilnahme ist kostenfrei (inkl. Mittagsimbiss). Ein barrierefreier Zugang ist möglich. Anmeldungen bitte bis zum 08.06. an: [info@ven-nds.de](mailto:info@ven-nds.de)

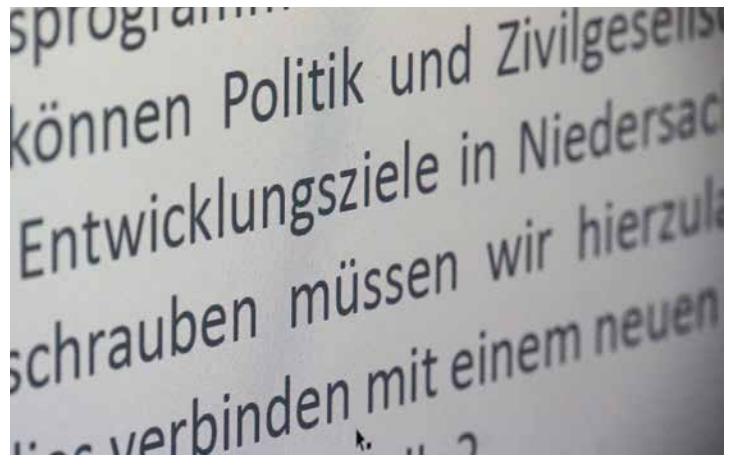
Die Veranstaltung wird über das VEN-Projekt Utopista gefördert von der Niedersächsischen Bingo-Umweltstiftung, Brot für die Welt/Evangelischer Entwicklungsdienst und ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des BMZ. In Kooperation mit der Stiftung Leben & Umwelt | Heinrich Böll Stiftung Niedersachsen.

### Parlamentarisches Gespräch zu neuen Entwicklungszielen (SDGs)

Aktionsprogramm Globale Entwicklungsagenda für Niedersachsen. Eine Agenda für eine globale, nachhaltige Entwicklung.

Mittwoch, 16.9.2015 (Uhrzeit wird noch bekannt gegeben), Leibnizhaus Hannover, Holzmarkt 4-6 (Nähe Landtag)

Am 16.9. lädt der VEN Mitglieder des Niedersächsischen Landtags und interessierte Bürger\_innen zu einem parlamentarischen Gespräch ins Leibnizhaus Hannover ein. Unter dem Motto „Aktionsprogramm Globale Entwicklungsagenda für Niedersachsen“ stellt der VEN vor, was vermutlich ein paar Tage später von der UN-Vollversammlung beschlossen wird: Eine Agenda für eine globale, nachhaltige Entwicklung mit einer Reihe von Entwicklungszielen, einer Erklärung, einem Aktionsprogramm und einem Umsetzungs- und Finanzierungsplan.



Wie können Politik und Zivilgesellschaft zur Umsetzung dieser neuen Entwicklungsziele in Niedersachsen beitragen? An welchen Stellschrauben müssen wir hierzulande drehen? Und wie können wir dies verbinden mit einem neuen Verständnis von Entwicklung und Wohlstand für alle?

Infos und Anmeldung: VEN, Christian Cray  
Tel. 0511-39 08 89 81, [cray@ven-nds.de](mailto:cray@ven-nds.de)



## Eine-Welt-Promotor\_innen in Niedersachsen übersetzen globale Ziele in lokales Handeln

Die ökonomische Krise unserer europäischen Nachbarn, die Grenzen des Wachstums und die stagnierenden Armutszahlen weltweit erfordern globale Ziele. Daraus müssen sich Aktionspläne entwerfen lassen, die regionalen und lokalen Akteuren Möglichkeiten zur Umsetzung und Beteiligung bieten. Lokale Gruppen und Eine-Welt-Initiativen brauchen inhaltliche Ankerpunkte, an denen sie ihre Arbeit orientieren und Bezüge zwischen globaler und lokaler Ebene herstellen können. Dies qualifiziert ihr Engagement und stärkt ihre Sichtbarkeit nach außen. Egal, ob wir in der entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit, im globalen Lernen tätig sind oder Partnerschaftsarbeit mit einem Träger im globalen Süden betreiben. Umgekehrt gewinnt die entwicklungspolitische Inlandsarbeit an Überzeugung, wenn sie für ihre Positionen, Forderungen, Projekte und Veranstaltungen mit verbindlichen Zielen argumentieren kann. Diese Ziele sollten

- an menschenrechtlichen Leitplanken orientiert sein,
- Ökologie und soziale Entwicklung gemeinsam denken,
- den globalen Norden in die Pflicht nehmen für eine Neubestimmung von Wohlstand jenseits von Wirtschaftswachstum, und
- Zivilgesellschaft als handlungsfähige Akteure anerkennen und fördern.

Noch mehr Gewicht bekommt unsere Beratungs- und Unterstützungstätigkeit als lokale Initiativen und Eine-Welt-Promotor\_innen jedoch, wenn politische Weichenstellungen in Bereichen wie Wirtschaft, Handel oder auch Energie unseren Positionen nicht widersprechen. Entwicklungspolitische Organisationen können ein Lied singen auf das sperrige Wort „Politik-Kohärenz von Entwicklung“, wenn sie auf der einen Seite zwar z.B. mit ihren Veranstaltungen auf offene Ohren stoßen, die politischen Entscheidungen der Kommune letztlich jedoch in eine andere Richtung gehen. Dabei können Kommunen ihren Einkauf umwelt- und menschenrechtskonform organisieren, eine solidarische Haltung zu Armutsfragen vor Ort und global zeigen und Momente echter politischer Teilhabe institutionalisieren. Kleine, mittlere und große Unternehmen können sich für eine nachhaltige Produktion und die Einhaltung menschenrechtlicher Standards einsetzen, sowohl zuhause als auch entlang ihrer internationalen Wertschöpfungsketten. Kohärenz als das Zusammenwirken verschiedener Politikfelder zur Erreichung übergeordneter Entwicklungsziele umfasst viele Bereiche.

Zwei Beispiele: In Göttingen – bereits Fair-Trade-Town – möchte Noreen Hirschfeld, Eine-Welt-Promotorin im Entwicklungspolitischen Informationszentrum (EPIZ), in Zusammenarbeit mit anderen Menschen aus der Zivilgesellschaft nun auch die Göttinger Universität auf den Weg zur Fairtrade-Universität bringen. In Nordwestniedersachsen sieht Eine-Welt-Promotor Tim Pauls einen Bezug zum Thema Landwirtschaft: „Im Oldenburger Land, einer Hochburg der Agrarindustrie, sollte eine wirkungsvolle Eine-Welt-Arbeit auf kohärenten politischen Rahmenbedingungen fußen, damit eine nachhaltige Landwirtschaft nicht von einer EU-Freihandelsagenda konterkariert wird.“



Als lokale Promotor\_innen für entwicklungspolitische Arbeit unterstützen sie engagierte Personen und Gruppen, sich für global nachhaltige Entwicklung stark zu machen. Die Perspektive, dass SDGs konkrete Veränderungen im globalen Norden bewirken werden, unterfüttert die Arbeit der Promotor\_innen und hilft, in Niedersachsen wirksame Schritte für eine zukunftsfähige Eine Welt zu beschreiten.

*Noreen Hirschfeld (Eine-Welt-Promotorin Südniedersachsen) und Tim Pauls (Eine-Welt-Promotor Nord/West-Niedersachsen, bis 30.4.)*

## Das Entwicklungsbarometer: Wie entwicklungsfreundlich ist Deutschland?

Deutschland hat 2015 die G7 Präsidentschaft inne und vor dem Hintergrund des EU-Jahres für Entwicklung wird ein wichtiges Thema der G7 die Bekämpfung der weltweiten Armut sein. In der deutschen Öffentlichkeit und in den Medien wird in diesem Zusammenhang meistens von der klassischen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) gesprochen. Dabei ist die EZ nur ein Hebel von vielen in der deutschen Politik, um Armut zu bekämpfen. In vielen Politikbereichen wie zum Beispiel der Umweltpolitik, der Handelspolitik oder auch der Sicherheitspolitik beeinflussen Deutschland und die EU insgesamt nachhaltige Entwicklung im Süden - positiv oder negativ.



Darum haben sich die EU, die OECD und ihre Mitgliedsländer auch immer wieder zu entwicklungspolitischer Kohärenz verpflichtet, unter anderem im Vertrag von Lissabon, aber die Umsetzung dieser Verpflichtung ist nach wie vor unzureichend. Die deutschen Politiker\_innen wissen um diese Unstimmigkeiten, verweisen aber darauf, dass die globale Armutsbekämpfung in den Interessenskonflikten und Machtverhältnissen der deutschen Politik keine Priorität hat. Was in der Politik jedoch Priorität hat und was nicht, hängt auch davon ab, welche Bedeutung ein Thema in der Öffentlichkeit hat. Darum ist es wichtig, dass Bürgerinnen und Bürger ein Bewusstsein dafür entwickeln, wo Deutschland mehr tun könnte um globale Armut zu bekämpfen.

Das Projekt Entwicklungsbarometer der Open Knowledge Foundation setzt an dieser Stelle an. Die Entwicklungsfreundlichkeit deutscher Politik soll anhand von konkreten Indikatoren gemessen und mit der Entwicklungsfreundlichkeit anderer EU-Länder verglichen werden. So sollen zum Beispiel im Hinblick auf die Umweltpolitik der Umfang der klimaschädlichen Emissionen von Deutschland und 26 weiteren OECD Ländern dargestellt und verglichen werden. Die Politikbereiche, die berücksichtigt werden sollen sind Handel, Konsum, Finanzströme, Migration, Sicherheit, Umwelt, Technologietransfer und Entwicklungszusammenarbeit. Das theoretische Konzept für das Entwicklungsbarometer wird zumindest teilweise vom „Commitment to Development Index“ des Centers for Global Development übernommen. Vor dem Hintergrund der neuen globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs), über die ebenfalls dieses Jahr entschieden wird, wird das Entwicklungsbarometer auch soweit wie möglich Indikatoren der SDGs übernehmen.

Für entwicklungspolitische Initiativen in Niedersachsen, politische Entscheidungsträger und interessierte Bürgerinnen soll das Entwicklungsbarometer erstens einen Überblick schaffen, wie ent-

wicklungsfreundlich Deutschland ist, und wo der größte Verbesserungsbedarf besteht. Zweitens soll durch den Vergleich mit anderen OECD Staaten gezeigt werden, dass eine entwicklungsfreundlichere Politik möglich ist, was wiederum die Anreize für Verbesserungen in der Politik erhöht. Drittens erleichtert das Entwicklungsbarometer allen Akteuren, Fortschritte der entwicklungspolitischen Kohärenz anhand konkret nachvollziehbarer Indikatoren zu messen und Rechenschaft von der Bundesregierung einzufordern.

.....  
*Claudia Schwegmann, Open Knowledge Foundation Deutschland (okfn.de), VEN-Vorstand*

## Weltsozialforum in Tunis

Seit 2001 erstmalig in Porto Alegre / Brasilien unter dem Slogan „Eine andere Welt ist möglich!“ ein Weltsozialforum als zivilgesellschaftlicher Gegengipfel zum Weltwirtschaftsforum in Davos und den Treffen der G8 stattfand, ist diese Veranstaltung zum Symbol der globalisierungskritischen Bewegung geworden. Das 12. Forum in Tunis fand unter dem Motto „Rechte und Würde“ statt und rief dazu auf, mutig und solidarisch für wirtschaftliche, soziale, kulturelle und ökologische Rechte einzutreten, die allen Menschen ein würdiges Leben ermöglichen.

Beim Betreten des Campus der Universität von Tunis war ich überwältigt von der Vielfalt und Dichte des Programms: Geschätzt über 20.000 Teilnehmer\_innen, dazwischen das Rot tunesischer Flaggen, die wenige Tage nach dem Anschlag auf das Bardo-Museum in Tunis ein „jetzt erst recht“ verkündeten. In über 1.000 Veranstaltungen ging es um soziale Gerechtigkeit, Armut, Klima und Geschlechtergerechtigkeit, aber auch um den Widerstand der griechischen Bevölkerung gegen neoliberalen Sparzwang, das Freihandelsabkommen TTIP, die Bewegungen des arabischen Frühlings oder die Konflikte im Nahen Osten. Das Spektrum an Gruppen erlaubte einen breiten Erfahrungsaustausch. Es fanden auch einige Veranstaltungen rund um den Post-2015-Entwicklungsziele-Prozess (SDGs) statt.



Deutlich wurde mir dabei die vernachlässigte Bedeutung sozialer Bewegungen, deren Stimmen kaum in den Konsultationsprozess einfließen, obwohl sie eher ausdrücken, was Menschen bewegt als die meisten NGOs. In der parallel stattfindenden Konferenz „Towards a World Citizens Movement“ (<http://deecip.org>), wurden Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen im Sinne einer globalen Bürgerbewegung für transformativen Wandel zusammen gebracht. Fazit: Eine neue globale Bewegung ließ sich nicht von heute auf Morgen ins Leben rufen. Dennoch gingen wir gestärkt nach Hause, um im Geiste transnationaler Solidarität („Einheit in Vielfalt“) für globalen Wandel einzutreten.

.....  
*Timo Holthoff, VEN*